

Verbände werfen der Stadt Rechtsbruch vor

Die Verbände werfen der Stadt Bern einen Rechtsbruch vor. Sie fordern die Rücknahme von Bescheiden, die die Kantonsparlamenten in die Verantwortung für die Finanzierung der Kantonsverwaltung übertragen haben. Die Verbände fordern die Rücknahme von Bescheiden, die die Kantonsparlamenten in die Verantwortung für die Finanzierung der Kantonsverwaltung übertragen haben.



Die Verbände werfen der Stadt Bern einen Rechtsbruch vor. Sie fordern die Rücknahme von Bescheiden, die die Kantonsparlamenten in die Verantwortung für die Finanzierung der Kantonsverwaltung übertragen haben. Die Verbände fordern die Rücknahme von Bescheiden, die die Kantonsparlamenten in die Verantwortung für die Finanzierung der Kantonsverwaltung übertragen haben.

Die Verbände werfen der Stadt Bern einen Rechtsbruch vor. Sie fordern die Rücknahme von Bescheiden, die die Kantonsparlamenten in die Verantwortung für die Finanzierung der Kantonsverwaltung übertragen haben. Die Verbände fordern die Rücknahme von Bescheiden, die die Kantonsparlamenten in die Verantwortung für die Finanzierung der Kantonsverwaltung übertragen haben.

Die Verbände werfen der Stadt Bern einen Rechtsbruch vor. Sie fordern die Rücknahme von Bescheiden, die die Kantonsparlamenten in die Verantwortung für die Finanzierung der Kantonsverwaltung übertragen haben. Die Verbände fordern die Rücknahme von Bescheiden, die die Kantonsparlamenten in die Verantwortung für die Finanzierung der Kantonsverwaltung übertragen haben.

Die Verbände werfen der Stadt Bern einen Rechtsbruch vor. Sie fordern die Rücknahme von Bescheiden, die die Kantonsparlamenten in die Verantwortung für die Finanzierung der Kantonsverwaltung übertragen haben. Die Verbände fordern die Rücknahme von Bescheiden, die die Kantonsparlamenten in die Verantwortung für die Finanzierung der Kantonsverwaltung übertragen haben.

Die Verbände werfen der Stadt Bern einen Rechtsbruch vor. Sie fordern die Rücknahme von Bescheiden, die die Kantonsparlamenten in die Verantwortung für die Finanzierung der Kantonsverwaltung übertragen haben. Die Verbände fordern die Rücknahme von Bescheiden, die die Kantonsparlamenten in die Verantwortung für die Finanzierung der Kantonsverwaltung übertragen haben.

Die Verbände werfen der Stadt Bern einen Rechtsbruch vor. Sie fordern die Rücknahme von Bescheiden, die die Kantonsparlamenten in die Verantwortung für die Finanzierung der Kantonsverwaltung übertragen haben. Die Verbände fordern die Rücknahme von Bescheiden, die die Kantonsparlamenten in die Verantwortung für die Finanzierung der Kantonsverwaltung übertragen haben.

Die Weichenwahl

Stadt Bern Zwei SP-Frauen führen zwei Wahlkämpfe gleichzeitig: um den Nationalrat und um den Berner Gemeinderat.

Im Briefkasten, auf Plakaten, in den sozialen Medien oder leibhaftig auf der Strasse – mit den Kandidierenden für die nationalen Wahlen in drei Wochen ist es wie in der Geschichte mit dem Igel und dem Hasen: Wo man auch hinschaut oder hinkommt, der Igel ist schon dort.

Oder die Kandidatin: Eifrigere Wahlkämpferinnen sind die SP-Frauen Giovanna Battagliero und Ursula Marti aus der Stadt Bern. Die 44-jährige Fürsprecherin Battagliero war Fraktionschefin im Stadtrat und Grossrätin, trat 2014 nicht zur Wiederwahl für das Kantonsparlament an und strebt nun nach einem Comeback. Die 53-jährige Kommunikationsberaterin Marti steigt als Grossrätin ins Nationalratsrennen; sie war Stadträtin und 2012 höchste Bernerin, bis 2018 präsidierte sie die SP Kanton Bern.

Das Gemeinderatsquartett

Battagliero und Marti haben doppelten Grund, sich ins Zeug zu legen: Sie gelten als Mit-

favoritinnen für die Nachfolge von Ursula Wyss, ihrer Parteikollegin im Berner Gemeinderat. Wenn also die eine der anderen bei den Nationalratswahlen in der Stadt ein paar Hundert Stimmen abnehmen könnte, dürfte sie damit ihre Chancen in der SP-Ausmarchung um die Nomination für Wyss' Sitz verbessern. Wyss hat vor einem Jahr erklärt, 2020 nicht mehr anzutreten. Seit vor einem Monat SP-Nationalrätin Nadine Masshardt sowie Marieke Kruit, Chefin der Stadtratsfraktion, als aussichtsreichste Kandidatinnen für die Wyss-Nachfolge genannt.

Was beim Wahlkampf von Battagliero und Marti auffällt: So umtriebiger und omnipräsent sind sie auch – sie sind praktisch nie zur gleichen Zeit am gleichen Ort. Gehen sie da zwei aktiv aus dem Weg, weil sie nicht miteinander können? Nein, beteuern

diese: Beide seien sie im Unterstützungskomitee der anderen und verstünden sich auch privat bestens. Doch natürlich seien sie auch Konkurrentinnen und darauf bedacht, das eigene Profil zu schärfen. «Das gilt aber mit Blick auf alle anderen Kandidatinnen und Kandidaten», sagt Battagliero. Und Marti erzählt, dass sie absichtlich nach Interlaken gegangen sei, als sich viele SPler in Thun für eine Wahlkampfveranstaltung getroffen hätten – «damit nicht alle am gleichen SP-Stand standen». Sie trete aber auch regelmässig in grösseren Gruppen auf.

Die Hoffnung der SP-Frauen

Neuerdings haben Battagliero und Marti einen weiteren Grund, sich besonders anzustrengen: Wie diese Zeitung kürzlich aufzeigte, könnte die SP-Frauenliste einen zusätzlichen Sitz erobern. Weil Margret Kiener Nellen nicht mehr antritt, würden in diesem Fall neben den Bisherigen mit besten Wahlchancen – Mass-

hardt und Wasserfallen – zwei Sitze frei. Beim einen rechnen viele Politbeobachter mit Ex-Juso-Präsidentin Tamara Funiello, obwohl diese letztes Jahr bei den Grossratswahlen noch deutlich hinter Marti landete.

Mindestens beim vierten Sitz dürfte sich aber so manche Sozialdemokratin Chancen ausrechnen, etwa die Gürbetaler Biobäuerin Regina Fuhrer-Wyss, SP-Co-Präsidentin Mirjam Vegliolo oder Grossratspräsidentin

2017/18 Ursula Zybach, alles amtierende Grossrätinnen.

Marti: Entweder-oder

Oder eben Battagliero und Marti. Wieder äussern sie sich ähnlich: Sie wollen unbedingt in den Nationalrat und geben in ihrer Kampagne alles. Ihren Entscheidung für die Kandidatur habe sie vor Wyss' Verzichtserklärung getroffen, sagt Battagliero, die allfällige Gemeinderatsambitionen bisher immer gleich kommentiert hat: Schauen wir nach dem 20. Oktober weiter.

Anders Marti: Als einzige potenzielle Kandidatin für die Wyss-Nachfolge macht sie keinen Hehl aus ihren Ambitionen. Sie sagt aber ebenfalls schon jetzt, dass sie bei einer Wahl in den Nationalrat nicht für den Gemeinderat antreten würde. Das dürfte auch für Battagliero gelten: Wer in den Nationalrat gewählt wird, mischt nächstes Jahr nicht beim Gemeinderat mit.



Bild mit Seltenheitswert: Ursula Marti (links) und Giovanna Battagliero zusammen unterwegs im Wahlkampf. Foto: Twitter/Giovanna Battagliero

Christoph Hämmerlin